

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
05/2012*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Anbei schicke ich Euch wieder einmal die neuesten Informationen direkt aus dem Parlament.

Wichtige Themen der 156. und 157. Sitzung waren u.a. die direkte Demokratie, die Herausforderungen in Europa und die Novellierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 15. und 16. Mai trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Am Dienstag wurde im Rahmen einer Aktuellen Stunde über direkte Demokratie und im Rahmen einer Aktuellen Europastunde über europapolitische Herausforderungen diskutiert. In der Folge konnte mit der Novellierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit eine große Verwaltungsreform umgesetzt werden. Ebenfalls beschlossen wurde eine Reform des Dienstrechts an Pädagogischen Hochschulen. Der Mittwoch startete mit einer Fragestunde an die Innenministerin. Im Anschluss wurden Vorlagen aus dem Finanz-, Rechnungshof- und Ausschuss für Menschenrechte diskutiert und beschlossen. Dringliche Anfragen beschäftigten sich mit dem Transparenzpaket und einer umfassenden Staatsreform.

Am Dienstag stand als erster Punkt eine **Aktuelle Stunde** zum Thema **direkte Demokratie** auf der Tagesordnung. Bundeskanzler Werner Faymann forderte, die **Diskussion**, der Bevölkerung zwischen den Wahlgängen mittels verstärkten Einsatzes direktdemokratischer Instrumente **mehr Mitwirkung** einzuräumen, **ernsthaft** zu **führen**. Diskutiert werden müssten etwa die Fragen, wie viele Unterschriften für eine verpflichtende Volksabstimmung notwendig sind, bei welchen Themen Volksabstimmungen zum Einsatz kommen sollen und welche Rolle das Parlament hat. "Ich begrüße die Diskussion sehr, sie ist politisch notwendig", sagte der Kanzler.

Es folgte eine **Aktuelle Europastunde** unter dem Titel „Nachhaltig investieren statt aus Europa einen Sparverein machen“. SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** verwies auf den Wahlausgang in **Frankreich** und **Nordrhein-Westfalen** und wertet diesen als eindeutiges Votum gegen das Kaputtsparen. Der neue französische Präsident, **Francois Hollande**, habe sich in seinem Wahlkampf immer wieder auf das **österreichische Modell** berufen. "Sparen darf kein Selbstzweck sein, nur durch einen klugen Mix können die öffentlichen Haushalte aus den Schulden herauskommen und damit auch wieder unabhängig in ihrer Budgethoheit sein", so Cap.

Es folgte der Beschluss der **Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle**, die eine wesentliche Verwaltungsreform darstellt und eine zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit in Österreich einführt. Damit kommt es zu einem Ausbau des Rechtsschutzsystems im

Sinne einer **Verfahrensbeschleunigung** und eines verstärkten **Bürgerservices** sowie einer **Entlastung** des Verwaltungsgerichtshofes.

Im Rahmen der Behandlung eines **Dringlichen Antrags** der Grünen am Nachmittag betonte Bundeskanzler Werner Faymann die Wichtigkeit des **Transparenzpakets** und der Diskussion um die **Offenlegung der Parteienfinanzierung**. Zu den Maßnahmen für mehr **Sauberkeit** und **Transparenz** zählen neben einer **Neuregelung der Parteienfinanzierung** die **Verschärfung des Korruptionsstrafrechts**, die **Unvereinbarkeitsregelung** und das **Lobbyisten-Register**. Mit diesen Gesetzen ziehen wir die politischen Konsequenzen aus der Vergangenheit. Österreich soll in Sachen **Transparenz** von einem Nachzügler zu einem **Vorreiter** in Europa werden.

Der Mittwoch startete mit einer **Fragestunde** an die Innenministerin. In der Folge wurde das Pensionskassensystem besser abgesichert, Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen und Rechnungshofberichte diskutiert.

Am Nachmittag beschäftigte sich der Nationalrat mit einem **Dringlichen Antrag** des BZÖ zu einer umfassenden **Staats- und Parlamentsreform**. Bundeskanzler **Werner Faymann** betonte, dass bei der Frage nach **Effizienzsteigerung** und **Kostensenkung** der Verwaltungs- und Staatsstrukturen auf die **Bedürfnisse der Menschen** eingegangen werden müsse. Durch eine sinnvolle Organisation können die Stärken von Bund, Ländern und Gemeinden zusammengeführt werden. Neben dem Beschluss der Reform der Verwaltungsgerichte wurden bereits die Reform der Sicherheitsbehörden, des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl, die Pflegegeldreform und die Reform der Gemeindekooperation umgesetzt. Weiters steht die Umsetzung der Reform der Bildungsverwaltung kurz bevor. Ziel ist es weiterhin, gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden Modelle zu erarbeiten, um die Effizienz weiter zu steigern und die Kosten zu senken.

Die wichtigsten Beschlüsse

Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012: Hohes Niveau an Rechtsstaatlichkeit ([1771 d.B.](#))

Einstimmig beschlossen wurde diese historische **Reform**, die ein wesentlicher Schritt in Richtung **leistungsfähiger Staat** ist. 120 Berufungssenate und Sonderbehörden werden aufgelöst und ab 2014 in insgesamt elf Verwaltungsgerichten gebündelt. Das **Rechtsschutzsystem** für die Bürgerinnen und Bürger wird **ausgebaut** und der **Verwaltungsgerichtshof entlastet**. In jedem Bundesland wird es künftig ein Verwaltungsgericht erster Instanz geben, im Bund ein Bundesverwaltungsgericht und ein Bundesfinanzgericht. Alle sonstigen **Sonderbehörden** werden **abgeschafft**. Diese **einheitliche Struktur** stellt sicher, dass alle Standards der europäischen Menschenrechtskonvention und des Unionsrechts eingehalten werden. Gleichzeitig wird der Instanzenzug künftig zweistufig sein.

Besondere Bedeutung haben die **Vereinfachungen im Instanzenzug** vor allem für die Bürgerinnen und Bürger: Jemand, der gegen einen Bescheid berufen möchte, muss sich nicht mehr an die nächsthöhere Verwaltungsinstanz wenden, sondern kann gleich vor das unabhängige Verwaltungsgericht ziehen.

Dienstrechts-Novelle 2011 sichert beste LehrerInnenausbildung ([1772 d.B.](#))

Das Gesetz sieht ein **neues Dienst- und Besoldungsrecht** für 1.200 Beschäftigte im Bereich der Pädagogischen Hochschulen vor und stellt einen wesentlichen Schritt zur **Reform des Bildungswesens in Österreich** dar. Enthalten sind im Gesetz unter anderem Reformen im Bereich der **forschungsgeleiteten Lehre** und der **flexiblere Personaleinsatz**. Weiters sollen Lehrerinnen und Lehrer **mehr Fortbildungsmöglichkeiten in der unterrichtsfreien Zeit** angeboten werden und die Kooperation zwischen den einzelnen Bildungs- und Forschungseinrichtungen gestärkt werden.

Pensionskassengesetz: Lebensphasenmodell und Garantiepension sind wichtig für ein stabiles soziales Gefüge ([1779 d.B.](#))

Eine **Reform der Pensionskassen** wurde wegen hoher Verluste für die PensionsbezieherInnen dringend notwendig. Die Reform der Pensionskassen wurde am Mittwoch mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen. Künftig soll jeder Anspruchsberechtigte ab 55 die **Möglichkeit haben, in eine besonders sichere Veranlagungsgemeinschaft zu wechseln.** Damit wurde eine **Garantiepension** beziehungsweise **Sicherheitspension** geschaffen und es wird gleichzeitig garantiert, dass die monatliche Pension zu keinem Zeitpunkt geringer ist als die erste monatliche Auszahlung. Das **Lebensphasenmodell** wiederum sieht Wahlmöglichkeiten zwischen risikoreicheren oder -ärmeren Veranlagungsstrategien vor. Außerdem können auch jene, die bereits Leistungen aus der Pensionskasse beziehen, wechseln. Die Informationsrechte für KundInnen der Pensionskassen wurden insgesamt ausgebaut.

Weitere Beschlüsse in Kürze

Des Weiteren wurden die **Doppelbesteuerungsabkommen** zwischen Österreich und **Kanada** und Österreich und der **Tschechischen Republik** an die neuen OECD Grundsätze der steuerlichen Transparenz und Amtshilfe angepasst ([1780 d.B.](#)) ([1781 d.B.](#)).

Auf Ansuchen der Staatsanwaltschaft wurde der behördlichen Verfolgung von Heinz-Christian Strache ([1785 d.B.](#)) und Elmar Podgorschek ([1786 d.B.](#)) stattgegeben.

Behandelte Berichte

EU-Jahresvorschau 2012 zum jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission bzw. des Rates: Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission wird ergänzt durch Wachstum und Beschäftigung ([III-307/1778 d.B.](#))

Schwerpunkte dieses Berichtes der Finanzministerin sind die Stabilisierung der Eurozone, die Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung und die Zusammenarbeit in Steuerfragen. Ebenfalls thematisiert wird die Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Im Zusammenhang mit der EFSF und dem ESM tritt das Finanzministerium dafür ein, dass finanzielle Unterstützungen an strenge Konditionalitäten geknüpft werden und in den Empfängerstaaten umfassende Reformprogramme umgesetzt werden. Unterstützung gibt es für die Vorschläge zur Stärkung der Überwachung der Haushaltspolitik der Eurozone und zur verstärkten Überwachung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der finanziell angeschlagenen Mitgliedstaaten. Dabei soll aber nicht in parlamentarische Haushaltsrechte eingegriffen werden, sondern es soll lediglich Informationspflichten geben. Innerhalb des Jahreswachstumsberichts sind außerdem Bildung, Forschung und Innovation die zentralen Punkte. Hinsichtlich der Finanztransaktionssteuer wird ein Fortschrittsbericht für Mitte dieses Jahres in Aussicht gestellt. In der Debatte zur EU-Jahresvorschau forderten die RednerInnen des SPÖ-Parlamentsklubs als Ergänzung zum Fiskalpakt Wachstums- und Beschäftigungsinitiativen sowie eine Diskussion über eventuelle Fristverlängerungen für Krisenländer.

Spielerkarte dient Spielerschutz – Bericht über eine betreiberunabhängige Spielerkarte ([III-308/1777 d.B.](#))

Die betreiberunabhängige Spielerkarte, die in Bundesländern, in denen das Kleine Glücksspiel erlaubt ist, zum Einsatz kommt, dient vor allem dem Spielerschutz. Die Spielerkartenlösung zielt auf eine umfassende Information für den Spieler ab und geht von einer Selbstbeschränkung hinsichtlich Einzahlungen und Spielzeit bis hin zu einer betreiberübergreifenden Selbstsperre. Seitens der SPÖ-Parlamentsfraktion wurde explizit den Beamten der Finanzpolizei gedankt, die im letzten Jahr 2.800 Spielautomaten beschlagnahmt, 700 Kontrollen durchgeführt und 90 Millionen Euro zusätzlich an Abgaben eingenommen haben. Außerdem wurde die Forderung nach einer parlamentarischen Enquete mit dem Ziel eines umfassenden Spielerschutzes gestellt.

Umfangreiche Reformen bei den Salzburger Festspielen – Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2012/1 ([III-290/1773 d.B.](#))

Auf Ersuchen des Salzburger Landtags von März 2010 überprüfte der Rechnungshof von November 2010 bis Februar 2011 die Gebarung des Salzburger Festspielfonds in den Spielzeiten 2004/2005 bis 2009/2010. Der Umfang der Gebarung beträgt jährlich rund 50 Mio. Euro. Grundsätzlich ist anzumerken, dass der Salzburger Festspielfonds über 70 Prozent seiner Aufwendungen durch Kartenverkäufe, Spenden und Sponsoring abgedeckt. Der jährliche Abgang von 13,65 Mio. Euro (2010) wird zu 40 Prozent vom Bund sowie zu jeweils 20 Prozent von Land Salzburg, Stadt Salzburg und Salzburger Tourismusförderungsfonds bestritten. Vom RH wurden 99 Empfehlungen abgegeben. Davon richteten sich die Empfehlungen 1 bis 8 an die Abgangsträger Bund, Land Salzburg und Stadt Salzburg, während sich die Empfehlungen 9 bis 99 an den Salzburger Festspielfonds direkt wendeten.

Von den 99 Empfehlungen des RH wurden 70 umgesetzt bzw. befinden sich in Umsetzung, bei 12 wird eine Umsetzung geprüft und 17 Empfehlungen werden für nicht realisierbar bzw. nicht wünschenswert gehalten. Der umfangreiche Teilbericht zu den Salzburger Festspielen wurde im Rechnungshofausschuss mit Kulturministerin Claudia Schmied sowie den Auskunftspersonen Helga Rabl-Stadler und Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer debattiert.

Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2011/1 ([III-205/1774 d.B.](#))

Dieser Bericht der Rechnungshofes beschäftigt sich mit der Buchhaltungsagentur des Bundes, die nach Malversationen die Empfehlungen des Rechnungshofes sofort aufgegriffen und größtenteils umgesetzt hat; mit ausgewählten Beschaffungsvorgängen im Verteidigungsministerium; mit der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 Schüler und Schülerinnen in Volks-, Haupt und AHS-Unterstufe sowie polytechnischen Lehrgängen; mit dem Controlling im Bundesschulwesen, wobei Unterrichtsministerin Schmied ein „Weißbuch Controlling“ für den Schulbereich ankündigte, und mit der Neuordnung der Studiengebühren ab Sommersemester 2009.

Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2010/2 ([III-113/1775 d.B.](#))

Inhalt dieses Rechnungshofberichts sind die Umsetzung des PPP-Konzessionsmodells Ostregion - Paket 1, Investitionen in die Tunnelsicherheit, das Sicherheitsforschungsprogramm KIRAS, der Verleih von Sammlungsgut durch Bundesmuseen und eine Follow-up-Überprüfung der Arbeitnehmerveranlagung. Im Ausschuss eingehender besprochen wurde das PPP-Konzessionsmodells Ostregion. Am 2. Dezember 2003 (Ministerratsbeschluss) war der Startschuss für dieses neuartige Projekt, das den Bau, den Betrieb und die Erhaltung von 51 km des hochrangigen Straßennetzes umfasst. Zu diesem Paket gehören die A5 Nordautobahn und die Schnellstraßen S1-Ost, S1-West und S2. Als Konzessionsnehmer ging das Konsortium Bonaventura als Sieger der europaweiten Ausschreibung hervor. Im Jahr 2039 soll die Rückgabe der Autobahn- und Schnellstraßenteilstücke durch das Konsortium an die ASFINAG erfolgen. Verkehrsministerin Bures schloss weitere PPP-Projekte in Zukunft aus. Entgegen der im Jahr 2003 von der schwarz-blauen Regierung gemachten Ankündigung der hohen Ersparnis für den Staat war dieses Projekt in der Gesamtbetrachtung ein Nullsummenspiel. Im Gegenteil: die ASFINAG bekommt wegen der Staatshaftung für ihre Kredite wesentlich günstigere Konditionen als ein privates Baukonsortium.

Pressemeldungen und Veranstaltungen:

[Muttonen zu Europatag: Investitionen in Wachstum und Beschäftigung \(08.05.2012\)](#)

Die 47. Konferenz der Europaausschüsse in Kopenhagen



Vom 22. bis zum 24. April war ich als Europapolitische Sprecherin der SPÖ in Kopenhagen, um dort an der 47. Konferenz der Europaausschüsse (COSAK) teilzunehmen. Das dominierende Thema der Konferenz war selbstverständlich die extrem hohe Arbeitslosigkeit in den europäischen Krisenstaaten. Gemeinsam mit meinen sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen aus den übrigen EU-Mitgliedstaaten habe ich darauf gedrängt, die europaweiten Sparprogramme sozial verträglicher zu gestalten und ihnen endlich einen umfassenden Pakt für Wachstum und Beschäftigung an die Seite zu stellen. Denn: Eine Politik, die allein aufs Sparen setzt wird Europa nicht aus der Krise führen können! Wir müssen uns endlich auch um neues

Wachstum und die vielen Menschen kümmern, die in Europa ohne Arbeit sind!

Besonders gefallen hat mir in diesem Zusammenhang die Rede der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Dänemarks, Helene Thorning-Schmidt, die in einem Gastbeitrag vor den Abgeordneten ihre Vorstellungen präsentiert hat, wie in Europa neues Wachstum geschaffen werden kann. Sie sprach sich dabei für eine Stärkung der sozialen und ökologischen Dimension Europas aus, wodurch nicht nur Wohlstand generiert, sondern dieser auch gerecht verteilt werden soll.

Die Konferenz der Europaausschüsse, an denen jeweils sechs Delegierte aus den zuständigen nationalen Ausschüssen der 27 Mitgliedsländer sowie vier VertreterInnen des Europäischen Parlaments und jeweils drei BeobachterInnen aus den Beitrittsländern teilnehmen, finden seit 1989 zweimal jährlich in dem Land statt, welches die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Ziel dieser Treffen ist es, die Kommunikation und den Informationsfluss zwischen den nationalen Europaausschüssen zu verbessern, Ideen auszutauschen und gemeinsame europapolitische Positionen zu entwerfen.

Besuch der Sozialdemokratischen Partei Kurdistans im Nordirak

Auf Einladung der kurdischen Sozialdemokraten (PUK) war ich vom 3. bis 7. Mai gemeinsam mit Sebastian Schublach vom Renner Institut in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak. Ziel der Reise war es, erste Kontakte miteinander zu knüpfen und politische Erfahrungen auszutauschen. Zudem wurden wir von der PUK



gebeten, zwei Seminare zu den Themen Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie Bildung und Demokratie zu leiten. Dabei wurde das große Interesse der PUK an einem intensiveren Transfer von politischem Knowhow aus Europa deutlich. Ich war überrascht davon, wie stark die politische Kultur in dieser Region bereits durch Europa geprägt ist und wie sehr sich die kurdische Politik versucht an den europäischen Werten zu orientieren, während radikalreligiöse Gesellschaftsvorstellungen abgelehnt werden. Eine wichtige Rolle spielen hier auch die zahlreichen Kurdinnen und Kurden, die lange Jahre im europäischen Exil gelebt haben und die jetzt in den Nordirak zurückkehren, um beim Aufbau des Landes zu helfen. Unter ihnen befinden sich auch sehr viele kurdischstämmige Österreicherinnen und Österreicher, die ihre Lebensschwerpunkte mittlerweile in beiden Ländern haben und eine wichtige Brücke zwischen Österreich und der kurdischen Gesellschaft im Nordirak bilden.

Wie groß das Interesse der PUK an einem intensiven Erfahrungsaustausch mit der österreichischen Sozialdemokratie ist, wurde mir auch durch die vielen hochrangigen Begegnungen deutlich, die ich während meines Aufenthaltes hatte. Neben zahlreichen VertreterInnen des politischen Büros der PUK und der sozialdemokratischen Frauenorganisation, haben mich auch der Präsident des kurdischen Regionalparlaments, Arsalan Bayiz und der irakische Staatspräsident Jalal Talabani (beide ebenfalls Mitglieder der PUK) zum Gespräch empfangen.

Diese Reise soll daher erst der Anfang gewesen sein. Neben einem politischen Gegenbesuch haben wir vereinbart, dass es mehrere Projekte in Kooperation mit dem Karl-Renner-Institut geben wird, die zum Ziel haben sollen, voneinander zu lernen und den Transfer politischen Knowhows voranzutreiben.

Hautkrebs-Screening im Parlament

Am 15. Mai fand auf Einladung von Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer ein Hautkrebs-Screening im Österreichischen Parlament statt. Abgeordnete und ParlamentsmitarbeiterInnen konnten ihre Haut von Dermatologen auf verdächtige Veränderungen kontrollieren lassen. Die Veranstaltung ist Teil einer großen Aufklärungskampagne, die die Österreichische Krebshilfe gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Dermatologie anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Aktion "Sonne ohne Reue" dieses Jahr durchführt. Viele weitere Aktivitäten, wie Informationsveranstaltungen in Schulen, Kindergärten und Bädern in ganz Österreich, sollen folgen.



Hautkrebs ist in Österreich leider noch immer im Anstieg begriffen. 2008 erkrankten mehr als 1100 Menschen in Österreich an Hautkrebs. Dank der guten Möglichkeiten zur Früherkennung haben die Todesfälle im Vergleich zu den Neuerkrankungen jedoch abgenommen. Denn: Hautkrebs ist heilbar, wenn er frühzeitig entdeckt und behandelt wird. Die Informationsbroschüre zur Aktion "Sonne ohne Reue" sowie die verschiedenen in Österreich geplanten Aufklärungsveranstaltungen könnt Ihr unter dem folgenden [Link](#) auf den Seiten der Österreichischen Krebshilfe einsehen.

Hautkrebs ist in Österreich leider noch immer im Anstieg begriffen. 2008 erkrankten mehr als 1100 Menschen in Österreich an Hautkrebs. Dank der guten Möglichkeiten zur Früherkennung haben die Todesfälle im Vergleich zu den Neuerkrankungen jedoch abgenommen. Denn: Hautkrebs ist heilbar, wenn er frühzeitig entdeckt und behandelt wird. Die Informationsbroschüre zur Aktion "Sonne ohne Reue" sowie die verschiedenen in Österreich geplanten Aufklärungsveranstaltungen könnt Ihr unter dem folgenden [Link](#) auf den Seiten der Österreichischen Krebshilfe einsehen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien